

Stadt Heidelberg  
Amt für Soziales und Senioren  
Bergheimer Str. 155  
69115 Heidelberg

## Antrag

auf Anerkennung eines Angebots zur Unterstützung im Alltag nach  
§ 6 Absatz 1 Unterstützungsangebote-Verordnung (UstA-VO)

### Antragsteller

Name des Dienstes: \_\_\_\_\_

Anschrift: \_\_\_\_\_

Ansprechpartner: \_\_\_\_\_

Telefon: \_\_\_\_\_

E-Mail: \_\_\_\_\_

Homepage: \_\_\_\_\_

Einzugsgebiet  Stadt Heidelberg  Rhein-Neckar-Kreis  andere

Häufigkeit des Angebotes \_\_\_\_\_

Dauer des Angebotes \_\_\_\_\_

Entgelt pro Stunde, \_\_\_\_\_

Entgelt pro Angebot, \_\_\_\_\_

Bei dem Angebot handelt es sich um (hier nur 1 Nennung möglich):

- Betreuungs- und Entlastungsangebote in Gruppen
- Betreuungs- und Entlastungsangebote im häuslichen Bereich
- Tagesbetreuung in Kleingruppen
- Agentur zur Vermittlung von Betreuungs- und Entlastungsangeboten
- Familienentlastende Dienste
- Tagesbetreuung in Kleingruppen
- Angebote zur Alltagsbegleitung & Entlastung
- Angebote zur Pflegebegleitung
- sonstiges:

**A. Angebote zur Unterstützung im Alltag nach § 6 Absatz 1 UstA-VO**

1. Zielgruppe (§ 3 Ziffer 1 und 2 UstA-VO) des Angebotes sind pflegebedürftige Personen mit

- körperlichen Beeinträchtigungen (körperlich Pflegebedürftige)
- kognitiven Beeinträchtigungen (kognitiv Pflegebedürftige)
- psychischen Beeinträchtigungen (psychisch Pflegebedürftige)

und / oder

- pflegende Angehörige und vergleichbar Nahestehende

Das Angebot richtet sich an

- Erwachsene
- Kinder / Jugendliche

2. Räumlichkeiten (für Angebote in Gruppen)

- für das Angebot stehen angemessene Räumlichkeiten zur Verfügung

Das Gruppenangebot findet in folgenden Räumlichkeiten statt:

---

---

---

**B. Eingesetzte Personen im Angebot**

Die Anleitung und Begleitung (nach § 10 Abs. 2 UstA-VO) der eingesetzten Personen wird erbracht durch

Name der Fachkraft \_\_\_\_\_

Qualifikation \_\_\_\_\_

Beschäftigungsverhältnis \_\_\_\_\_

Die Beaufsichtigung und Betreuung der Pflegebedürftigen und die beratende Unterstützung der Angehörigen nach § 6 Abs. 1 UstA-VO wird erbracht durch

- ehrenamtlich Engagierte (nur mit Erstattung des tatsächlichen Aufwandes)

Anzahl: \_\_\_\_\_

- aus der Bürgerschaft Tätige (Aufwandsentschädigung in den Grenzen des § 3 Nr. 26 EStG)

Anzahl: \_\_\_\_\_

- Mitarbeiter aus FSJ, Bundesfreiwilligendienst u.a.

Anzahl: \_\_\_\_\_

- Wir versichern, dass die Entschädigung der ehrenamtlich Tätigen sich auf den tatsächlich entstandenen Aufwand beschränkt bzw. die Aufwandsentschädigung der aus der Bürgerschaft Tätigen § 3 Nummer 26 des EStG in der jeweiligen Fassung nicht übersteigt und kein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis, auch nicht im Mini-Job, besteht.
- Die vorgesehenen Kräfte sind persönlich und fachlich geeignet.
- Die vorgesehenen ehrenamtlich Engagierten bzw. aus der Bürgerschaft Tätigen können nach § 10 Absatz 5 UstA-VO freiwillig Schulungen in Anspruch nehmen, die hinsichtlich ihres Inhalts und Umfangs auf das jeweilige Angebot zur Unterstützung im Alltag auszurichten sind
- Die vorgesehenen Kräfte verfügen über ausreichend Vorerfahrungen, die von Relevanz für das Angebotsprofil sind.
- Die Voraussetzungen für die Anerkennung nach der UstA-VO sind mir bekannt und liegen vor.

### **C. Versicherung**

- Es liegt ein Versicherungsschutz entsprechend § 10 Abs. 1 Ziffer 5 der Verordnung vor.

### **D. Anlagen zum Antrag**

- Aussagekräftige konzeptionelle Beschreibung des Angebots mit Angaben zu
- Inhalte und Leistungen
  - Verhältnis der Anzahl der Betreuenden zur Anzahl der Betreuten
  - Regelmäßigkeit und Verlässlichkeit des Angebotes
  - Maßnahmen der Qualitätssicherung (mit Angabe zur Grundqualifizierung der eingesetzten Personen, zu regelmäßigen Schulungen, zur fachlichen Begleitung und zum Zeitplan der Umsetzung)
  - Preise

### **E. Verpflichtung**

Zur Kenntnis genommen:

- Nach § 11 Absatz 4 der genannten Verordnung sind Sie verpflichtet, der Stadt Heidelberg- Amt für Soziales und Senioren- auf entsprechende Anfrage eine Auskunft über den Vorjahreszeitraum vorzulegen.
- Die Stadt Heidelberg ist zur Weitergabe der nach § 11 UstA-VO erforderlichen Daten an die Landesverbände der Pflegekassen verpflichtet.

Wir beantragen für das aufgeführte Angebot eine Anerkennung nach § 45 a SGB XI. Die Richtigkeit der Angaben wird bestätigt. Entsprechende Nachweise werden auf Anforderung nachgereicht.

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

---

Eingegangen bei der Stadt Heidelberg, Amt für Soziales und Senioren am:

---

Ort, Datum

---

Unterschrift